

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte Einspruch gegen den von Ihnen vorgestellten Plan zum Netzausbau in Deutschland einlegen. Einige der dem Plan zugrundeliegenden Annahmen und Projektionen erscheinen mir sehr fragwürdig und zu stark von den Interessen der großen etablierten Energiekonzerne getrieben.

Meine Einwände im Einzelnen:

1. Eine unverhältnismäßige Einflussnahme der großen Energieversorger auf den Netzentwicklungsplan ist erkennbar.

Von allen Institutionen und Konzernen in Deutschland haben die vier großen Energieversorger (RWE, EON, EnBW, Vattenfall) das mit Abstand geringste Interesse an einer effektiven Umstellung der Energieversorgung. Im Gegenteil: Es ist für sie aus wirtschaftlichen Gründen am lukrativsten, die Energiewende so lange wie möglich zu verzögern und abzuschwächen, um die bestehenden zentralistischen Strukturen (inkl. lukrativer Stein- und Braunkohlekraftwerke) und ihr Versorgungs-Oligopol aufrechtzuerhalten.

Entsprechend laufen viele der von diesen Konzernen verfolgten Strategien darauf hinaus, konkurrierende Marktteilnehmer (Solarbranche, Stadtwerke, Bürger-Energiegenossenschaften u.a.) vom Markt zu verdrängen und die Energiewende teuer zu rechnen. Viele der gezogenen Schlüsse (z.B. der Zubau von Kohlekraftwerken sei zur Aufrechterhaltung der Energieversorgung notwendig, der Großteil der erzeugten Windenergie müsse aus Offshore-Anlagen stammen, u.v.m.) stellen sich dabei als fragwürdig heraus, da sie von falschen/wissenschaftlich nicht belegbaren Annahmen ausgehen. Beachtung finden derartige Thesen häufig erst wenn sie durch privat finanzierte Institute (z.B. das dem RWE nahestehende RWI) herausgegeben und durch einflussreiche Multiplikatoren (Verlage, Fernsehanstalten) veröffentlicht werden. Dies verschafft Ihnen eine überproportionale Präsenz in der öffentlichen Diskussion, selbst wenn die vertretenen Thesen wissenschaftlich anfechtbar oder gar widerlegbar sind. Prognosen und Zahlen in Bezug auf die Entwicklung der Energieversorgung in Deutschland müssen daher stärker als bisher von unabhängigen Gutachtern überprüft werden, um sie der Einflussnahme der großen Stromkonzerne zu entziehen.

Dass diese Einflussnahme auch in die Ausgestaltung des Netzausbauplans eingeflossen ist, lässt sich beispielsweise daraus folgern, dass sich sechs von rund zwanzig im Bau befindlichen oder geplanten Kohlekraftwerke (diese Zahlen sind ein Skandal für sich) in der Küstenregion befinden, in der bereits jetzt ein Windstromüberschuss besteht. Dies verstärkt den Verdacht dass hier andere Ziele verfolgt werden als der effektive Ausbau der erneuerbaren Energien: namentlich die Aufrechterhaltung der CO₂-intensiven und lukrativen Kohleverstromung selbst in Gegenden mit hoher Windhöufigkeit durch den Export klimaschädlichen Kohlestroms ins Landesinnere. Dafür darf der Netzausbau nicht missbraucht werden.

2. Entwicklung dezentraler Versorgungsstrukturen muss Vorrang vor zentralistischen Ansätzen erhalten

Viele Regionen in Deutschland verfolgen seit geraumer Zeit zum Teil äußerst erfolgreich ihr eigenes 100% Erneuerbare Energien Konzept und haben bereits bewiesen, dass eine weitreichende regionale Energieversorgung nicht nur möglich ist, sondern auch mit vielen positiven Synergien einhergehen kann (regionale Wertschöpfung, Bürgerbeteiligungen). Dieser "bottom-up" Ansatz der Energiewende ist nicht nur viel kostengünstiger als der von der Bundesregierung propagierte zentralistische "top-down" Ansatz, er ist auch viel effektiver, schneller umsetzbar und findet immer mehr Anhänger. Diese Entwicklung wird im Netzentwicklungsplan nicht ausreichend berücksichtigt.

3. Grundannahmen / Prognosen müssen neu evaluiert werden

Das Szenario mit dem stärksten Zubau an erneuerbaren Energien (C) geht von einer installierten Solarstromleistung von 48,8 GW für das Jahr 2022 aus, was einem Zuwachs von 2,4GW pro Jahr entspricht. In den Jahren 2010 und 2011 lag der Zuwachs bei jeweils mehr als 7 GW. Seit der Einführung des Erneuerbaren Energien Gesetzes haben sich nahezu alle offiziellen Prognosen zum jährlichen Zubau der Solarstromkapazität als viel zu konservativ herausgestellt und wurden von der Realität weit übertroffen. All diese Prognosen inklusive Ihrer eigenen entspringen eher dem Wunschdenken der großen Energieversorger, nicht den wirtschaftlichen, technischen oder gesellschaftlichen Möglichkeiten. Der Wert von 2,4GW als optimistischste Prognose ist schlichtweg nicht haltbar und kann zu katastrophalen Fehlentwicklungen (Geldvernichtung durch Schaffung von Überkapazitäten im Offshore-Bereich) und im schlimmsten Fall zur Ausbremsung der Energiewende (durch Unterkapazitäten in Gebieten mit hohem Solarstromanteil insbesondere in Süddeutschland) führen.

4. Virtuelle Kraftwerke / Intelligente Lastverschiebung / Neue Speichertechnologien

Schwankungen im Angebot von Wind- und Sonnenenergie können durch den Zusammenschluss von regionalen Solar-, Wind-, Biogas-, Erdgasanlagen zu virtuellen Kraftwerken ausgeglichen werden. Neue Speichertechnologien wie Windgas, Elektrolyse, Wasserstoff werden zukünftig marktreif zur Verfügung stehen. Auch durch Lastverschiebung und Smart-Grids lässt sich die Notwendigkeit neuer Leitungen reduzieren. Diese Möglichkeiten finden im Netzentwicklungsplan keine Beachtung, was als Versäumnis zu werten ist.

Mit freundlichen Grüßen,

Björn S